

Protokoll

über die 21. Sitzung des Rates der Stadt Wedel am Donnerstag
dem 18.06.2015, im Ratssaal des Rathauses

Beginn: 19:00 Uhr

Ende: Uhr

Anwesend:

CDU-Fraktion:

Herr Lutz Degener
Frau Rita Dietrich
Frau Kerstin Dorbandt
Herr Christian Fuchs
Frau Heidemargret Garling
Herr Michael C. Kissig
Herr Ulrich Kloevekorn
Herr Peter Kramer
Herr Jan Lüchau
Herr Michael Schernikau
Herr Stephan Schwartz

Fraktionsvorsitzender
1. stellv. Stadtpräsident
1. stellv. Bürgermeister

WSI:

Herr Joachim Funck
Frau Birgit Neumann-Rystow
Frau Renate Palm
Herr Andreas Schnieber

Fraktionsvorsitzender

Stadtpräsidentin
2. stellv. Bürgermeister

Bündnis-90/Grüne-Fraktion:

Frau Gertrud Borgmeyer
Frau Aysen Ciker
Herr Thomas Grabau
Frau Gudrun Jungblut
Herr Olaf Wuttke

2. stellv. Stadtpräsidentin

Fraktionsvorsitzender

SPD-Fraktion:

Herr Lothar Barop
Herr Manfred Eichhorn
Frau Sophia Jacobs-Emeis
Herr Wolfgang Rüdiger

3. stellv. Bürgermeister

Fraktionsvorsitzende

FDP-Fraktion:

Herr Waldemar Herrmann
Frau Renate Koschorrek

Fraktionsvorsitzende

Fraktion DIE LINKE:



Herr Johannes Schneider

Seniorenbeirat:

Frau Heidemarie Bohnert

Jugendbeirat:

Herr Lucas Harder

Frau Marieke Leidner

Vorsitzende

Umweltbeirat:

Herr Maximilian Bruch vom

Verwaltung:

Herr Jörg Amelung

Herr Rolf Jagemann

Herr Klaus Lieberknecht

Herr Niels Schmidt

Bürgermeister

Herr Volkmar Scholz

Herr Ralf Waßmann

Frau Martina Weisser

Schriftführerin

Herr Jens Zwicker

Gäste:

Oliver Gabriel

Frau Katy Krause

Pinneberger Zeitung

Es fehlte entschuldigt:

WSI:

Herr Dr. Stephan Bakan

Frau Ingrid Paradies

Bündnis-90/Grüne-Fraktion:

Frau Petra Kärgel

Fraktion DIE LINKE:

Herr Dr. Detlef Murphy

Fraktionsvorsitzender

Es sind außerdem bis zu 40 Zuhörerinnen und Zuhörer anwesend.

Um 19.00 begrüßt die Vorsitzende Frau Palm alle Anwesenden, stellt die ordnungs- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums durch die Anwesenheit




von 27 Ratsmitgliedern fest und eröffnet die Sitzung. Änderungswünsche zur Tagesordnung liegen nicht vor.

Zu TOP 9.1 beschließt der Rat bei 1 Enthaltung und 26 Ja-Stimmen, dass die Öffentlichkeit ausgeschlossen werden soll.

Damit kann die Tagesordnung in der nachstehenden Reihenfolge beraten werden:

T A G E S O R D N U N G

- 1.) Einwohnerfragestunde
 - 2.) Protokollgenehmigungen
 - 2.1 Protokollgenehmigung
hier: Protokoll vom 23.04.2015
 - 2.2 Protokollgenehmigung, hier: Protokoll der 20. Sitzung vom 21.05.15
 - 3.) Schriftliche Anfragen
 - 4.) Nachwahl von Ausschussmitgliedern
 - 5.) Johann-Rist-Gesellschaft e. V.
Mitgliedschaft
 - 6.) Überplanmäßige Bereitstellung von Mitteln
hier: Unterkunft Feldstraße
 - 7.) Klimaschutzkonzept für die Stadt Wedel
hier: Sachstand Mai 2015
 - 8.) Mitteilungen und Anfragen
 - 8.1 Bericht der Verwaltung zu Beschlüssen und Prüfaufträgen
 - 8.2 Bericht der Stabsstelle Prüfdienste über die Prüfung der Jahresrechnung 2011 der Stadt Wedel; Stellungnahme des Bürgermeisters
Unterlagen wurden zentral verteilt
 - 8.3 Kompensation der gekürzten Kreditermächtigung
 - 8.4 Anfragen aus den Ratssitzungen vom 19.03., 23.04. und 21.05.2015
hier: Beantwortung der Fragen, die den FB 2 betreffen
- Unter Ausschluss der Öffentlichkeit
- 9.) Mitteilungen und Anfragen
 - 9.1 Bericht der Verwaltung zu Beschlüssen und Prüfaufträgen
- 

10.) Unterrichtung der Öffentlichkeit

1.) Einwohnerfragestunde

Es wurden 4 Fragen angemeldet. Frau Palm macht darauf aufmerksam, dass die Namen der Fragesteller protokolliert werden, wenn diese nicht widersprechen.

Erste Fragestellerin ist Frau Logo aus Togo. Sie gibt bekannt, dass ihr Vermieter ihr und ihrem Ehemann mit den 3 Kindern zum Jahresende die Wohnung gekündigt hat. Sie sind leider schon seit Montane vergeblich auf der Suche nach einer neuen Wohnung. Sie fragt, ob Verwaltung oder Politik ihrer Familie helfen können.

Herr Schmidt erklärt, dass er sich bei der zuständigen Sachbearbeiterin zum Fall und den Möglichkeiten einer Wohnungsvermittlung erkundigen wird. Wenn die Verwaltung helfen kann, wird sie es tun, versprechen kann er jetzt allerdings konkret nichts.

Der nächste Fragesteller, Herr Pflüger, bemängelt, dass von seinen 3 Fragen aus der letzten Ratssitzung nur 2 beantwortet wurden. Dieses ist auch dem Protokoll zu entnehmen. Herr Kramer, der in der letzten Ratssitzung den abwesenden Bürgermeister vertrat, erwidert, dass das korrekt ist. Da Herr Pflüger im letzten Rat ohne weitere Konkretisierung lediglich die Frage gestellt hatte, ob Rat und Verwaltung in ihrem Handeln an Gesetze gebunden sind, konnte er dieses mit einem „ja“ beantworten. Zu dem von Herrn Pflüger nicht genannten oder näher erklärtem Einzelfall konnte natürlich nichts gesagt werden, da dieser nicht bekannt war.

Herr Pflüger teilt mit, dass er nun die Frage schriftlich vorbereitet hat und er diese nun heute noch einmal stellen will.

Sodann führt er in einem längeren Wortbeitrag aus, dass nach dem 1985 gefassten Planfeststellungsbeschluss, die Wedeler Au zu renaturieren, bis heute weiterhin eine Versandung und Verschlammung zu beobachten ist. Er überreicht der Verwaltung dazu ein 16-seitiges Papier mit der Anmerkung, dass sich aus diesem seine Fragen konkret ergeben würden.

Die Stadtpräsidentin erklärt, dass niemand 16 Seiten lesen und sich mühsam die dort enthaltenden Fragen herausarbeiten kann und will. Sie bittet Herrn Pflüger, seine Fragen genau zu formulieren und der Verwaltung zukommen zu lassen. Dieses sagt Herr Pflüger zu. (Anmerkung Schriftführerin: Die Fragen sind bis zum Druck des Protokolls nicht abgegeben worden).

Der nächste Fragesteller, Herr Imbeck, stellt fest, dass in jüngster Zeit in Wedel bedauerlicherweise eine Ausländerfeindlichkeit zutage gekommen ist. Wenn er jetzt an die Feldstraße und an die neuesten Aktivitäten in der Heinestraße denkt, läuft es ihm kalt den Rücken herunter. Mit Blick auf die anwesende örtliche Presse regt er an, dass diese doch einmal über Einzelschicksale berichten sollte. Das wäre seiner Auffassung nach ein guter Beitrag, die Frage der Unterbringung von zugewiesenen Flüchtlingen zu versachlichen.

Die letzte Fragestellerin Frau Reye fragt mit Bezug auf den Zeitungsartikel zu der geplanten Wohnunterkunft für Flüchtlinge in der Heinestraße, wie viele Unterschriften von Gegnern der geplanten Flüchtlingsunterkunft die Liste enthält.

Herr Schmidt erklärt, dass ihm die Liste nicht bekannt ist. An ihn ist keine Liste übergeben worden, wenn es auch so in der Presse zu lesen war.

Die Stadtpräsidentin vermutet, dass es sich um die Liste handelt, die im Februar an alle Fraktionsvorsitzende gegangen war. Sie hat die Unterschriften nicht gezählt, schätzt aber, dass es sich um ungefähr 100 Unterschriften handelte.

2.) Protokollgenehmigungen

2.1.) Protokollgenehmigung hier: Protokoll vom 23.04.2015

Frau Palm stellt fest, dass die gewünschten Protokolländerungen von Frau Jungblut und Herrn Wuttke an 2 Stellen Aussagen von Herrn Schmidt und Herrn Lieberknecht anders formulieren. Sie fragt Herrn Schmidt und Herrn Lieberknecht, ob sie mit den jeweiligen Änderungen einverstanden sind.

Herr Lieberknecht erklärt, dass er mit der Änderung nicht einverstanden ist, weil er das so, wie es jetzt in das Protokoll aufgenommen werden soll, nicht gesagt hat.

Herr Wuttke zieht daraufhin seinen diesbezüglichen Änderungswunsch zurück.

Herr Schmidt erklärt, dass er nicht bestätigen kann, dass sein Wortbeitrag so war, wie jetzt als Änderungswunsch formuliert. Aufgrund der neuerdings umfangreichen Protokolländerungswünsche bis hin zu wortgetreuen Aussagen schließt Herr Schmidt nicht aus, dass zukünftig Stimmaufzeichnungen mitlaufen werden müssen. Niemand kann nach mehreren Wochen noch genau sagen, was man genau wörtlich gesagt hat. Es war bisher aber auch nie Wunsch oder Fragestellung, Protokolle auf diese Weise führen zu wollen. Es gab seiner Erinnerung nach auch noch nie Probleme mit den bisher vorgelegten Protokollen.

Frau Jungblut erwidert, dass sie wörtlich den Wortbeitrag von Herrn Schmidt mitgeschrieben hatte, von ihr kam auch der entsprechende Änderungswunsch. Sie hat aber nichts dagegen, wenn er den Wortbeitrag selber gerne moderater umformulieren möchte.

Herr Schmidt entgegnet, dass er nicht moderater formulieren würde, sondern anders. Er stellt nochmals fest, dass offenbar zukünftig nicht auf Bandaufzeichnungen verzichtet werden kann.

Herr Wuttke erklärt, dass er dann auch auf diesen Änderungswunsch verzichten möchte zur Vermeidung noch umfangreicherer Texte.

Nach kurzer weiterer Diskussion sagt Herr Schmidt einen Formulierungsvorschlag zur nächsten Sitzung zu.

Frau Palm stellt fest, dass damit eine Protokollgenehmigung des April-Protokolls noch einmal vertagt werden muss.



Herr Fuchs hat zu dem April-Protokoll auch noch einen Änderungswunsch. Er bittet, zu TOP 3 - Protokollgenehmigung - beim Abstimmungsergebnis ihn bei den Enthaltungen namentlich anzuführen.

2.2.) Protokollgenehmigung, hier: Protokoll der 20. Sitzung vom 21.05.15

Jetzt beschließt der Rat über das Mai-Protokoll mit 23 Ja-Stimmen und 4 Enthaltungen:

Beschluss

Das Protokoll der 20.Sitzung des Rates am 21.05.15 wird genehmigt.

3.) Schriftliche Anfragen

Schriftliche Anfragen liegen nicht vor.

4.) Nachwahl von Ausschussmitgliedern

Herr Kissig schlägt als Nachfolger für das ausgeschiedene Aufsichtsratsmitglied im Aufsichtsrat der Stadtwerke Wedel GmbH Herrn Stephan Schwartz vor.

Der Rat beschließt einstimmig:

Beschluss

Der Rat entsendet als Mitglied in den Aufsichtsrat der Stadtwerke Wedel GmbH Herrn Stephan Schwartz.

5.) Johann-Rist-Gesellschaft e. V. Mitgliedschaft Vorlage: BV/2015/045



Herr Barop als Vorsitzender des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport trägt die Beschlussvorlage vor.

Frau Borgmeyer führt aus, dass die Grüne-Fraktion mehrheitlich für den Beschluss stimmen wird. Bei einem Jahresbeitrag von 100,--€ wäre eine weiter gehende Debatte kleinkariert. Der Fraktionsvorsitzende der grüne-Fraktion, so Frau Borgmeyer, sieht das allerdings anders.

Herr Wuttke ergreift das Wort und macht deutlich, dass es ihm jetzt nicht um den Jahresbeitrag von 100,--€ gehe. Johann Rist ist unbestritten ein bedeutender Mann für die Stadt Wedel. Das zeigt sich ja auch an vielen Stellen im Stadtbild und Namensgebungen wie z.B. Johann-Rist-Gymnasium, SC-Rist. Die Stadt Wedel wird seines Erachtens der bedeutenden Rolle, die Rist für Wedel gespielt hatte, dadurch auch gerecht.

Aber Wedel kann noch mehr bedeutende Persönlichkeiten vorweisen. Wenn man in Wikipedia nachschaut, sind das insgesamt 18 Personen, die in Wedel geboren wurden oder hier gewirkt haben. Herr Wuttke nennt als Beispiele u.a. Arnim Dahl und Peter Frankenfeld.

Er erklärt weiter, dass er das ehrenamtliche Engagement, sich für die Bewahrung der Bedeutung von Rist einzusetzen, sehr lobenswert findet. Er stellt aber die Frage in den Raum, weshalb die Stadt dabei sein muss. Was passiert, wenn andere ehrenamtlich Engagierte sich ebenfalls um die Gründung weiterer Gesellschaften bemühen. Wird die Stadt dann auch Mitglied? Im Übrigen habe er gehört, dass bereits in der Diskussion war, inwieweit man der Rist-Gesellschaft noch behilflich sein könnte, da ja der Mitglied-Jahresbeitrag sehr niedrig sei. Dies könnte z.B. die kostenlose Überlassung von Räumlichkeiten für Sitzungen/ Veranstaltungen sein. Hierüber würden sich sehr wahrscheinlich auch viele andere Vereine in der Stadt freuen.

In der sich anschließenden Debatte erklärt Frau Neumann-Rystow, dass die WSI sich über das Engagement freut und der Beschlussvorlage daher gerne zustimmen wird.

Frau Koschorrek fragt, wer das wohl gedacht hätte, dass wegen 100,--€ im Jahr eine derart lange Debatte nötig sein würde. An Herrn Wuttke gewandt stellt sie fest, dass man das Universalgenie Rist wohl kaum mit dem sicherlich großartigen Entertainer Peter Frankenfeld vergleichen könne. Wegen möglicher weiterer Unterstützung habe sie persönlich laut gedacht und z.B. eine kostenlose Raumüberlassung überlegt. Das waren reine persönliche Überlegungen, über die im Fachausschuss noch gar nicht diskutiert wurde.

Nach kurzer weiterer Aussprache beschließt der Rat mit 26:1:0 Stimmen (ja/nein/Enthaltungen):

Beschluss

Der Rat beschließt, dass die Stadt Wedel dem Verein „Johann-Rist-Gesellschaft e. V.“ als förderndes Mitglied beitrifft.

6.) Überplanmäßige Bereitstellung von Mitteln hier: Unterkunft Feldstraße

Vorlage: BV/2015/065

Herr Kissig als stellvertretender Vorsitzender des Haupt- und Finanzausschusses trägt für den abwesenden Herrn Dr. Bakan die Beschlussvorlage vor.

Frau Leidner vom Jugendbeirat erklärt im Namen des Jugendbeirates, dass dieser den Standort Feldstraße für eine Unterkunft für Flüchtlinge sehr gut geeignet hält, weil sowohl für Junge, Eltern und auch Alte die Wege zu Schulen, Läden, Ärzten kurz sind und keine Abschiebung der Flüchtlinge an den Rand der Gesellschaft erfolgt. Wedel kann mit diesem Standort zeigen, dass es die Auszeichnung „Weltoffene Gemeinde“ zu Recht erhalten hat.

Herr Kissig zeigt in einem längeren Wortbeitrag den gegenüber der anderen Fraktion kontroversen Standpunkt der CDU zu diesem Thema auf. Der Wortbeitrag ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Abschließend beantragt er:

Antrag:**Die Stadt Wedel stellt einen Nachtragshaushalt für 2015 auf.**

In der folgenden längeren Aussprache erinnert Frau Jacobs-Emeis an den TOP 1 - Einwohnerfragestunde - in der Frau Logo aus Togo aufgezeigt hatte, wie schwer es für sie und ihre Familie als Flüchtlinge ist, in Wedel eine „normale“ Wohnung zu finden. Insofern ist die Aussage der CDU, die Flüchtlinge so schnell wie möglich in normale Wohnungen zu bringen, utopisch. Daher ist selber bauen dem Investorenmodell vorzuziehen. Damit hat die Stadt Wohnungen auch für den Fall, dass die Flüchtlingsunterbringung nicht mehr in dem Maße wie jetzt erforderlich wäre.

Herr Herrmann erinnert daran, dass der heute und jetzt zu behandelnde TOP mit überplanmäßigen Ausgaben zu tun hat und nicht mit der Festlegung von Standorten für Flüchtlingsunterkünfte. Daher wird er auf die Standortfrage jetzt auch nicht näher eingehen. Den Vorschlag, einen Nachtragshaushalt aufzustellen, findet die FDP-Fraktion grundsätzlich richtig und gut. Dass dieser genehmigungspflichtig ist, ist auch gut, dann kann der Innenminister ja sehen, mit welchen Mitteln die Kommunen versuchen, Mittel für die Errichtung von Wohnunterkünften für Flüchtlinge zu beschaffen. Aber vor dem Hintergrund der prekären Situation - es muss jetzt schnell gehandelt werden, die Flüchtlinge kommen jetzt - wird die FDP der Beschlussvorlage zustimmen. Das Verfahren eines Nachtragshaushalts dauert unter den gegebenen Umständen zu lange.

Herr Funck für die WSI-Fraktion kündigt ebenfalls Zustimmung zur Beschlussvorlage an und Herr Wuttke für die Grüne-Fraktion ebenso. Herr Wuttke erklärt, dass die Grünen der Verwaltung dankbar sind, dass sie einen Weg der Finanzierung und schnellen Umsetzung gefunden hat. Die Flüchtlinge werden nämlich kommen, ohne Rücksicht auf die finanziellen Probleme der Kommunen. Die Grünen können sich des Eindrucks nicht erwehren, dass jetzt haushaltsrechtliche Angelegenheiten genutzt werden sollen, um mit Hilfs- und Nebenargumenten den bereits gefassten Beschluss zu den Standorten wieder zu kippen.

Die Verwaltung hat deutlich erklärt, dass die vorgeschlagene Transaktion haushaltsrechtlich zulässig ist. Es handelt sich also nicht um „Taschenspielertricks.“

Man bekommt jetzt die anspruchsvolleren Unterkünfte anstelle von Containern, wie auch die CDU dieses zu Beginn der diesbezüglichen Debatte vor ungefähr 1 ½ Jahren noch gefordert hatte.

Nach weiterer kurzer Diskussion beschließt der Rat sodann mit 11:14:2 Stimmen (ja/nein/Enthaltungen) über den Antrag von Herrn Kissig, einen Nachtragshaushalt aufzustellen wie folgt:

Beschluss

Der Antrag wird abgelehnt.

Jetzt beschließt der Rat über die Beschlussvorlage Nr. 65/15 mit 16:11:0 Stimmen (ja/nein/Enthaltungen):

Beschluss

**Der Rat beschließt,
die Bereitstellung von überplanmäßigen Mitteln in Höhe von 511.000 € (gemäß § 95d Abs. 1 Gemeindeordnung Schleswig-Holstein) sowie die Bereitstellung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 700.000 € für 2016 (gemäß § 95f Abs. 1 Satz 2 Gemeindeordnung Schleswig-Holstein) zum Zwecke des Baus einer städtischen Wohnunterkunft.**

Die Deckung erfolgt in beiden Fällen aus dem Budget 5730-03000 „BgA BusinessPark Elbufer“.

- 7.) **Klimaschutzkonzept für die Stadt Wedel**
hier: Sachstand Mai 2015
Vorlage: MV/2015/042

Frau Ciker verlässt den Ratssaal, es sind jetzt 26 Stimmberechtigte anwesend.
Es verlassen jetzt auch die meisten Zuhörerinnen und Zuhörer den Ratssaal.

Der Rat nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

- 8.) **Mitteilungen und Anfragen**



8.1.) Bericht der Verwaltung zu Beschlüssen und Prüfaufträgen

Es gibt keinen Bericht der Verwaltung.

**8.2.) Bericht der Stabsstelle Prüfdienste über die Prüfung der Jahresrechnung 2011 der Stadt Wedel; Stellungnahme des Bürgermeisters
Unterlagen wurden zentral verteilt
Vorlage: MV/2015/044****8.3.) Kompensation der gekürzten Kreditermächtigung
Vorlage: MV/2015/052**

Herr Rüdiger führt aus, dass die Stadt gegen den Willen der SPD-Fraktion einen 10-Millionen-Kredit für eine Einlage bei der Stadtparkasse aufgenommen hatte. Nun ist es so, wie die SPD prophezeit hatte: Der Innenminister verbietet die weitere Aufnahme von Krediten für Investitionen, die wichtig für die Stadt wären.

Herr Schmidt widerspricht Herr Rüdiger dahin gehend, dass der aufgenommene Kredit jetzt Grund für die Beschränkung hinsichtlich der Größenordnung weiterer Kreditgeschäfte sein soll. Auch Herr Rüdiger weiß ganz genau, dass der Innenminister den Kredit eindeutig genehmigt und für nicht bedrohlich betrachtet hatte. Sodann zeigt Herr Schmidt in einem kurzen weiteren Wortbeitrag auf, dass fast alle Kommunen zur Zeit Probleme bei Kreditaufnahmen haben. Die Auffassung des Landes wird von allen Kommunen landesweit kritisch betrachtet, entsprechende Gespräche sollen geführt werden.

Sodann nimmt der Ausschuss die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

**8.4.) Anfragen aus den Ratssitzungen vom 19.03., 23.04. und 21.05.2015
hier: Beantwortung der Fragen, die den FB 2 betreffen
Vorlage: MV/2015/058**

Frau Palm befragt die Fragesteller, auf deren Fragen in der umfangreichen Mitteilungsvorlage geantwortet wurde, ob diese mit den Antworten zufrieden sind. Dieses ist der Fall. Der Rat nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

Frau Palm schließt vor der Beratung des TOP 9 die Öffentlichkeit aus mit dem Hinweis für die Öffentlichkeit, dass heute in nichtöffentlicher Sitzung keine Beschlüsse gefasst werden. Die Zuhörerinnen und Zuhörer und die Pressevertreter verlassen den Ratssaal.

10.) Unterrichtung der Öffentlichkeit

Da keine Beschlüsse gefasst wurden, muss die Öffentlichkeit nicht unterrichtet werden. Frau Palm schließt um 20.20 Uhr die Sitzung und verabschiedet alle Anwesenden.

Stadtpräsidentin

Martina Weisser
Schriftführer/in

Datum der
Unterschrift

